



Stadt Marktheidenfeld

## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 28. SITZUNG DES STADTRATES

---

Sitzungsdatum: Dienstag, 23.11.2021  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:00 Uhr  
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

---

### ANWESENHEITSLISTE

#### **Erster Bürgermeister**

Stamm, Thomas

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Adam, Helmut  
Bernstein, Tobias  
Carl, Michael  
Haag, Ruth  
Harth, Martin  
Hoh, Florian  
Hörnig, Joachim  
Hörnig, Wolfgang  
Hospes, Xena  
Kempf, Bernhard  
Kutz, Caroline  
Menig, Christian  
Menig, Hermann  
Oswald, Richard  
Richter, Heinz  
Riedmann, Mario  
Riedmann, Susanne  
Schneider, Renate  
Seidel, Holger  
Wagner, Burkhard  
Wiesmann, Eva-Maria

#### **Schriftführer/in**

Herrmann, Christina

#### **Weitere Anwesende**

Glok, Oxana

## **Abwesende und entschuldigte Personen:**

### **Mitglieder des Stadtrates**

Hock, Klaus  
Keller, Ludwig  
Rinno, Susanne

# TAGESORDNUNG

## Öffentliche Sitzung

- |              |  |                  |
|--------------|--|------------------|
| <b>343</b>   | <b>Haushaltsrede des Ersten Bürgermeisters Thomas Stamm</b><br>Information                     | <b>2021/0965</b> |
| <b>344</b>   | <b>Stellungnahmen der Fraktionen zum<br/>Haushaltsentwurf für das Jahr 2022</b><br>Information | <b>2021/0966</b> |
| <b>344.1</b> | <b>Stellungnahme der Fraktion der CSU</b>  |                  |
| <b>344.2</b> | <b>Stellungnahme der Fraktion proMAR</b>   |                  |
| <b>344.3</b> | <b>Stellungnahme der Fraktion der FW</b>   |                  |
| <b>344.4</b> | <b>Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>  |                  |
| <b>344.5</b> | <b>Stellungnahme der Fraktion der SPD</b>  |                  |
| <b>345</b>   | <b>Informationen</b>   |                  |
| <b>346</b>   | <b>Anfragen</b>  |                  |
| <b>346.1</b> | <b>Bereitschaftspraxis Lohr</b>  |                  |
| <b>346.2</b> | <b>Modulbauweise Geriatrie</b>   |                  |
| <b>346.3</b> | <b>Mobiles Impfzentrum</b>   |                  |

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche 28. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **343 Haushaltsrede des Ersten Bürgermeisters Thomas Stamm**

Der Erste Bürgermeister Thomas Stamm nimmt in seiner Haushaltsrede Stellung zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 wie folgt:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
Sehr geehrte Vertreter der Verwaltung, Kämmerin Frau Herrmann  
Sehr geehrte Pressevertreter,

mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2022 liegt Ihnen der von der Verwaltung erarbeitete Finanzplan für das Jahr 2022 und folgende vor. Mit den geplanten Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Sachgebiete schlagen wir dem Stadtrat vor, die Grundlagen für die tägliche Arbeit im nächsten Jahr zu schaffen und die Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Beschäftigten im Rathaus und den Außenstellen haben ihre Vorstellungen eingebracht und die Kämmerin hat diese zusammengeführt und in den Haushaltsentwurf eingearbeitet. Dieser Haushaltsentwurf wurde von der Kämmerin der Stadt Marktheidenfeld Frau Herrmann am 09.11.2021 dem Finanzausschuss vorgestellt und anschließend in den Fraktionen beraten. Der zum Haushalt gehörende Stellenplan für das Jahr 2022 wurde mit dem Personalausschuss vorberaten und wird in der nichtöffentlichen Stadtratssitzung am 25.11.2021 beraten, Änderungen eingearbeitet und als Anlage zum Haushalt 2022 beschlossen.

Im Gegensatz zum Beschluss des Haushalts für das Jahr 2021, den wir aufgrund der finanziellen Unsicherheiten und aufgrund der ungeklärten Situation des Wonnemar erst am 25.02.2022 gefasst haben, wollen wir diesen Haushalt wieder wie gewohnt im laufenden Haushaltsjahr für das kommende Jahr beraten und noch in diesem Jahr verabschieden.

Heute hören wir anschließend noch die Stellungnahmen der fünf im Stadtrat vertretenen Fraktionen. Über Änderungsanträge der Fraktionen zum vorliegenden Haushaltsentwurf ist am 09.12.2021 abzustimmen und den notwendigen Satzungsbeschluss möchten wir gerne am 16.12.2021 fassen. Somit entfällt, wie in zu Beginn dieses Jahres eine „haushaltslose“ Zeit und die damit verbundene Unsicherheit im Verwaltungsablauf und entsprechende Mehrarbeit.

Sicherlich hat sich niemand gedacht, dass wir das gesamte Jahr 2021 noch mit und unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. Wir tragen noch immer Masken und ein Ende der Pandemie ist leider nicht in Sicht.

Vorweg zum Wonnemar. Nachdem der Rechtsstreit noch nicht geklärt ist, hat die Verwaltung entschieden, die finanziellen Auswirkungen zum Wonnemar im Haushalt 2022 nicht zu berücksichtigen. Ein seriöser Haushaltsansatz ist aus unserer Sicht nicht möglich. Wir befinden uns derzeit im Schiedsgerichtsverfahren. Die Schiedsklage wurde inzwischen eingereicht und die Entscheidung des Schiedsgerichts steht noch aus. Die Entscheidung wird sicher eine wie auch

immer geartete Auswirkung auf die Finanzen der Stadt Marktheidenfeld haben. Bei Bedarf ist ein Nachtragshaushalt aufzustellen und vom Stadtrat zu beschließen.

Welchen weiteren Aufgabenbereich die von uns gegründete Marktheidenfelder Bäder GmbH letztlich haben wird, ist ebenfalls erst nach einem Urteil des Schiedsgerichts zu ermessen. Unser klares Ansinnen ist die Rückführung des Bades in die kommunale Hand und ein Weiterbetrieb mit deutlicher Einflussnahme der Stadt Marktheidenfeld. Unsere wichtigste Aufgabe ist die Sicherstellung des Schwimmens für die Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen, besonders das Schul- und Vereinsschwimmen.

Das gesamte Volumen des Haushaltsentwurfs 2022 lässt, wie dem Pressebericht zum Finanzausschuss zu entnehmen war von einem sog. „Rekordvolumen“ sprechen. Zugegeben die enorme Summe des von der Kämmerin vorgestellten Haushaltsvolumens in Höhe von 99,37 Mio. € lässt das vermuten.

Mit zwei Zahlen lässt sich dies jedoch relativieren und letztlich auf ein „Normalniveau“ herunterbrechen. Das ist mir besonders in der Außendarstellung wichtig.

Zum einen ist die Kreisumlage in Höhe von 23,2 Mio. € im Jahr 2022 zu leisten. Diese resultiert aus der einmaligen Gewerbesteueronderzahlung im Jahr 2020. Und natürlich die im Jahr 2021 nicht realisierten Ausgaben für Baumaßnahmen in einer Größenordnung von ca. 20 Mio. €. Die beiden Beträge abgezogen, bewegen wir uns auf einem für die Stadt Marktheidenfeld normalen Haushaltsvolumen zwischen 60 und 70 Mio. €.

In meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2021 am 26.01.2021 habe ich um den vorsichtigen und umsichtigen Umgang mit den städtischen Finanzen gebeten und aufgrund der langfristig schwierige Finanzlage der Stadt einen sorgsam Umgang angemahnt. Das kann ich eigentlich für den vorliegenden Haushalt und die langfristige Finanzplanung nur wiederholen.

Mit der vorgelegten langfristigen Finanzplanung werden unsere Rücklagen in den nächsten Jahren kontinuierlich abgebaut und gänzlich aufgebraucht. Wir werden für die Realisierung der vielen geplanten Maßnahmen und Bauprojekte entsprechende Kredite aufnehmen müssen.

Bei den Einnahmen planen wir auf der Grundlage der uns bisher vorliegenden Zahlen aus der Gewerbesteuer und den uns zustehenden Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Erfreulich ist, dass die Marktheidenfelder Gewerbetreibenden, die unseren Wirtschaftsstandort prägen, offensichtlich weitgehend gut durch die Corona Krise gekommen sind. Ihrem unternehmerischen Engagement ist es zu verdanken, dass hier Arbeitsplätze in großer Anzahl zur Verfügung stehen und wir als Stadt entsprechende Einnahmen verzeichnen können. Die aktuellen Zahlungen für Gewerbe- und Einkommensteuer bestätigen uns das. Letztlich werden wir natürlich erst nach den jeweiligen Jahresabschlüssen Sicherheit haben, ob uns die Einnahmen tatsächlich zustehen.

Unser Schwerpunkt im Bereich der neuen Investitionen für das kommende Jahr stellt weitgehend und überwiegend eine Konzentration auf die in der Bayerischen Verfassung und Gemeindeordnung festgelegten Pflichtaufgaben dar. Besonders bei der langfristigen Planung der Baumaßnahmen wird deutlich, dass wir uns auf die dringend notwendigen Sanierungen unserer Ortsstraßen und die damit zusammenhängenden Infrastrukturbelange der Kanalerneuerung und des Wasserleitungsnetzes konzentrieren.

Hinzu kommen aufwändige Maßnahmen, die unsere eigene Wasserversorgung betreffen. Die Sicherung und Erweiterung unserer städtischen Brunnen ist eine der größten Zukunftsaufgaben. Mit der Grundlagenermittlung ist begonnen, jetzt muss mit Nachdruck die Umsetzung mit den entsprechenden Bau- und Investitionsmaßnahmen erfolgen.

Die weitere Planung und Umsetzung der Erweiterung der Friedrich-Fleischmann-Grundschule und die Planung von zwei Kindertagesstätten werden uns im kommenden und in den folgenden Jahren beschäftigen. Zudem wird die Planung für die Sanierung der Mittelschule weitergeführt, auch diese Baumaßnahme betrifft die Finanzen der Stadt Marktheidenfeld über die prozentuale Beteiligung am Schulverband.

Insgesamt schaffen wir mit diesen vier Großprojekten die Grundlagen für die Betreuung und Unterbringung unserer Kinder und Jugendlichen.

Wir erfüllen damit im Bereich der Kitas und der Schulen den Auftrag, der uns vom Gesetzgeber vorgegeben wird. Allerdings bringt uns der Beschluss des Bundestags zum Anspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab dem 01.01.2026 in weiteren Zugzwang. Die bisherige Planung der Friedrich-Fleischmann-Grundschule muss weiterentwickelt werden und die neuen Vorgaben müssen im Raumprogramm ihren Niederschlag finden. Entsprechende Förderprogramme für die Investitionen, die personelle Ausstattung und den laufenden Betrieb müssen dringend aufgelegt werden.

Die zu erwartende Bezuschussung deckt allerdings lange nicht den tatsächlichen Finanzbedarf für die geplanten Maßnahmen. Besonders der Anspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz bis zum Jahr 2029 erfordert einen deutlichen Mehrbedarf in unseren Bildungseinrichtungen wie bisher geplant.

Nach Abschluss der Großprojekte Feuerwache, Bürgerhaus Glasofen und Gewerbepark Söllershöhe im Jahr 2021 steht in 2022 die Fertigstellung des geförderten Wohnbaus, der Säule II am Südring mit 24 Wohnungen und der Wohngemeinschaft für die Menschen mit Handicap, als größte und finanzintensivste Maßnahme an. Gerade Wohnraum für sozial schwächere Menschen zu schaffen, ist uns als Stadt Marktheidenfeld ein Anliegen und Verpflichtung. Mit diesem Vorzeigebau wollen wir ein Zeichen für den inklusiven Gedanken im Wohnungsbau setzen.

Im Stadtteil Michelrieth wird das Bürgerhaus mit Pfarramt fertig gestellt. Diese Maßnahme wird durch das Amt für ländliche Entwicklung gefördert und ist Teil unseres Gemeindeentwicklungskonzepts (GEK). Allerdings bleibt nach der Förderung immer noch ein beachtlicher Anteil an den Gesamtkosten für die Stadt Marktheidenfeld.

Mit der Entwicklung von Wohnbau und bezahlbarem Baugrund soll in den Stadtteilen Altfeld und Marienbrunn Wohnraum geschaffen werden. Besonders für junge Familien hoffen wir entsprechende Möglichkeiten zu anbieten zu können.

Weitere Möglichkeiten ergeben sich durch einen privaten Investor, der das Gelände der ehemaligen Ziegelei zum Wohnquartier entwickelt.

Dennoch erfordert die Wohnraumentwicklung insgesamt weiterhin unser Augenmerk. Die Themen Flächenverbrauch, Innenentwicklung und Wohnraumentwicklung durch Innenverdichtung beschäftigen den Stadtrat dauerhaft. Mit einem Konzept, das möglichst vielen Interessen Rechnung trägt, gilt es zum einen die staatlichen Empfehlungen, unsere individuellen Vorstellungen und die künftige Entwicklung unseres Gewerbeparks Söllershöhe in Einklang zu bringen.

Sicherlich werden wir mit Einnahmen aus Grundstücksverkäufen in diesem Gewerbepark auch wieder Einnahmen für unsere Stadtkasse generieren. Allerdings wählen wir die vielen Anfragen von Interessenten durchaus mit Bedacht und Weitblick aus.

Ebenfalls mit Bedacht und Weitblick gilt es die Innenstadt weiter zu entwickeln. Mit den im Jahr 2021 neu aufgelegten Förderprogrammen zur Belebung unserer Innenstädte nach der Corona-Pandemie gilt es diese Ideen und Projekte umzusetzen. Hierbei sind die entsprechenden Vorgaben der Städtebauförderung zu beachten. Mit der Fortschreibung des INSEK = Integriertes, nachhaltiges Städtebauliches Entwicklungskonzept werden die Grundsteine für die zukünftigen Entwicklungen in der Innenstadt und an unserem Mainufer gelegt.

Zur Entwicklung der Innenstadt gehört ebenfalls die Umgestaltung des Udo-Lermann-Areals – ein prägendes Bauprojekt eines privaten Investors für die nächsten Jahre.

Zwei wichtige Themen der Kreispolitik werden uns sicher im Haushaltsjahr 2022 beschäftigen. Zum einen obliegt es dem Landkreis, die Planungen für den Neubau der Main-Spessart-Halle und der weiterführenden Schulen zu forcieren. Und natürlich gilt es die Gesundheitsversorgung und besonders die Nachnutzung des Krankenhausstandortes Marktheidenfeld voranzutreiben. Die Marktheidenfelder Bürgerinnen und Bürger und das Umland haben in beiden Themen eine hohe Erwartungshaltung an die verantwortlichen Mandatsträger und erwarten endlich belastbare Ergebnisse.

Natürlich finden sich im vorliegenden Haushaltsentwurf ein großer Ausgabeposten – die Personalkosten!

Nicht vermeidbare Erhöhungen sind natürlich die tariflichen Anpassungen und entsprechenden Höhergruppierungen. Auswirkungen auf die Personalkosten haben allerdings auch die notwendigen Folgekosten unserer Bauprojekte. Technische Betreuung und laufende Unterhaltsmaßnahmen erfordern weitere Kapazitäten. Eine weitere Personalmehrung bedingt die zum 01.01.2022 beschlossene Übernahme der Volkshochschule mit dem bestehenden Personal. Durch die Neukonzeption unseres Musikinstituts und der angestrebten Umwandlung in eine Musikschule werden weitere Planstellen notwendig.

Zudem nehmen Umweltbelange einen immer größeren Stellenwert in unserem städtischen Verantwortungsbereich und in der Stadtentwicklung ein. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Anforderungsprofil für einen hauptamtlichen Umweltbeauftragten zu erstellen. Wir wollen uns in diesem Bereich deutlich besser aufstellen und unseren Beitrag für eine ökologische und zukunftsweisende Entwicklung der Stadt Marktheidenfeld leisten.

Die Digitalisierung im Rathaus schreitet voran, personell wurde die EDV-Abteilung verstärkt und übernimmt die Funktion des Digitallotsen. Weitere Schritte zur Optimierung von verwaltungsinernen Abläufen sind vorgesehen.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich die Notwendigkeit zur Einrichtung einer Stabsstelle angesprochen. Ab Mitte des Jahres 2022 wollen wir diese neue Stelle intern besetzen. Ebenfalls geplant wurde eine Zusammenlegung der Verwaltung unserer Schulen und Kindertagesstätten. Ab 2022 werden die Verwaltungen der Grund- und Mittelschule zusammengeführt. Die Verwaltung der Kindertagesstätten bleibt somit eigenständig.

Zusammenfassend liegt uns ein durchaus anspruchsvoller und interessanter Aufgabenkatalog vor, die Umsetzung und die Entscheidungen werden uns als Stadtrat sicher wieder umfassend beschäftigen. Ich freue mich auf diese Aufgabe zum Wohle der Stadt Marktheidenfeld und Ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Danken möchte ich Ihnen den Stadträtinnen und Stadträten für die sehr konstruktive und angenehme Zusammenarbeit des letzten Jahres.

Ein besonderes Dankeschön gilt unserer Stadtkämmerin Frau Herrmann, die in einer äußerst souveränen Arbeit die Finanzen lenkt und zudem noch mit der Aufgabe unseres Wonnemar betraut ist.

Dem Geschäftsleitenden Beamten Herrn Hanakam für die stets enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Natürlich gilt an dieser Stelle ebenfalls ein herzliches Dankeschön an alle Beschäftigten des Rathauses, den Außenstellen Wasserwerk, Kläranlage und Bauhof und unseren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kindertagesstätten.

Einen ganz besonderen Dank möchte ich unseren Hilfsorganisationen Feuerwehr, BRK und THW und allen ehrenamtlich Tätigen in unseren Vereinen und kirchlichen Organisationen aussprechen.

An dieser Stelle auch ein großes Kompliment und herzlichen Dank an unsere beiden lokalen Tageszeitungen Main-Post und Main Echo für die immer faire und objektive Berichterstattung der Stadtratspolitik und der städtischen Ereignisse.“

## **344      Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2022**

Die Fraktionsvorsitzenden der CSU, proMAR, Freien Wähler, Bündnis 90/Die Grünen und SPD nehmen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 Stellung.

### **344.1    Stellungnahme der Fraktion der CSU**

Für die Fraktion der CSU nimmt Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hörnig Stellung zum Haushaltsentwurf 2022 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse, meine Damen und Herren.

Für die gute Zusammenarbeit, die Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann und alle Mitarbeiter, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Wie in den Sitzungen des Finanzausschusses erläutert und dann in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgestellt, steht die Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2022 vor einem Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 99 Millionen €.

Was sich auf den ersten Blick so positiv darstellt, hat leider auch eine Kehrseite.

Allein 23,2 Millionen € werden wir in 2022 an den Landkreis Main Spessart überweisen. Die Summe der anteiligen Gewerbesteuer, die wir damit seit 2011 dem Landkreis überwiesen haben, beläuft sich nach 2022 auf sage und schreibe 119 Millionen 603 Tausend und 418 €.

In diesem Zusammenhang fällt immer wieder das Wort Solidarität. Wo aber bleibt die Solidarität des Landkreises unserer Stadt und dem Umland gegenüber, wenn es um Punkte wie Main-Spessart-Halle und weiterführende Schulen geht. Den Punkt Nachnutzung des Krankenhauses möchte ich hier gar nicht weiter ausführen.

Was hat der Landkreis in den letzten Jahren für unsere Kommune bzw. unseren Bereich, wenn man mal von der Sanierung FOS/BOS und einigen kleinen Maßnahmen in den Schulen absieht, getan?

Wenn sich dann auch noch teilweise politisch Verantwortliche oder auch Kreisräte über fast alle Fraktionen hinweg erdreisten und hier von Kirchturmdenken sprechen, wenn Marktheidenfelder Bürger oder der Stadtrat einfach nur fordern, dass hier für diese Region auch endlich etwas passiert, ist dies keinesfalls solidarisch, sondern schlichtweg unverschämt.

Zu dem Thema Wonnemar können wir heute leider keine konkrete Aussage treffen. Wir bitten aber darum, dass von Seiten der Stadtverwaltung mit Unterstützung des Anwalts alles unternommen wird, damit unsere Bevölkerung und die Touristen so bald wie möglich das Wonnemar wieder besuchen können.

Aber verlassen wir diese Trauerspiele und wenden wir uns nun dem Bereich des Haushaltes zu, den wir gestalten können. Es stehen große Aufgaben vor uns.

- Abbruch und Erweiterung der Grundschule Investitionen > 11 Millionen €
  - Neubau Kindergarten Kolpingstraße Investitionen > 7 Millionen
  - Sanierung oder Ersatz für Kindergarten Lohgraben > 7 Millionen
  - Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen für die Kernstadt und die Stadtteile bis 2024 > Investitionen in Höhe von 780.000 €
  - Ausbau Wohngebiet Märzfeld Investitionen > 3,3 Millionen €
- um nur einige der wichtigsten unaufschiebbaren Maßnahmen zu nennen.

Wir bitten daher bei zukünftigen Projekten Überlegungen zur privaten Realisierung der Maßnahmen anzustellen.

Zusätzlich müssen wir in unsere Straßen und die Infrastruktur investieren. Die Summe der nötigen Maßnahmen beläuft sich bis 2025 auf > 15 Millionen €.

Bei der Mittelschule stehen die Sanierung bzw. der Um- und Neubau an. Dies wird sich allerdings mit > 23 Millionen € auf zukünftige Haushalte auswirken.

Allein diese Maßnahmen führen dazu, dass unsere Rücklagen bis 2024 nahezu aufgebraucht sind. Zudem werden die Schulden bis 2025 auf den aktuell veranschlagten Wert von über 44 Millionen € steigen. Sind die guten Jahre nun auch in Marktheidenfeld vorbei?

Auf den ersten Blick könnte man dies sicher meinen, aber in der Finanzplanung sind zu Recht alle vorhersehbaren, notwendigen Investitionen enthalten. Mehreinnahmen sind in dieser Umsetzungsphase auch zu generieren und evtl. auch Einsparungen zu beschließen.

Vorschläge und Ideen hierzu:

Die Steuereinnahmen sind schon immer das große Plus der Stadt Marktheidenfeld, jedoch sind diese nicht immer planbar. Auch für das kommende Jahr sind 12 Millionen € an Gewerbesteuer in den Haushalt eingestellt, und es besteht die berechtigte Hoffnung, dass dieser Wert auch erreicht wird.

Wir möchten uns hier ausdrücklich bei den Firmen, den Mitarbeitern und Gewerbetreibenden bedanken, die durch ihr erfolgreiches Handeln erheblich zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Marktheidenfeld beitragen; die Stadt, die dann mit zwei Jahren Verzug brav 47,5% dieser Summe als Umlage an den Landkreis abführen muss.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, der auch vor Ort verbleibt, steigt stetig an und beträgt mittlerweile prognostiziert für 2022 fast 10 Millionen €. Eine überaus positive, nennenswerte und erfreuliche Entwicklung.

Hier muss uns daran gelegen sein, dass wir den Personen, die bei uns einpendeln, Möglichkeiten bieten in der Stadt oder den Stadtteilen sesshaft zu werden, damit sich diese Einnahmequelle auch positiv weiterentwickeln kann.

Nach diesen allgemeinen, teils erfreulichen, teils fast besorgniserregenden Tatsachen komme ich nun zu konkreten Feststellungen, Forderungen, Anträgen und Änderungswünschen für den Haushalt 2022 und die Jahre darüber hinaus.

Besonders bei den Personalkosten, die 2022 eine Höhe >12 Millionen € erreichen und den Baukosten sehen wir Potenzial durch Synergieeffekte. Hier bitten wir die Verwaltung bis Ende des 2. Quartals um einen Vorschlag zur Kostenreduzierung bzw. zumindest um Vermeidung weiterer Steigerungen.

- Synergieeffekte durch sinnvolle Umverteilung der Aufgaben.
- Gemeinsame Verwaltung von VHS und Musikschule sowie evtl. Musikunterricht in den Räumen der VHS.

- Intensivere Überwachung der Baumaßnahmen hinsichtlich Termineinhaltung und Ausstattung der Objekte. Nicht alles was Wünschenswert ist, ist auch eine Aufgabe der Grundversorgung.
- Unsere Kindergärten sind uns lieb, unverzichtbar und die Förderung der Familien jeden Cent wert. Dies bedeutet allerdings auch einen Zuschussbedarf in Höhe von ca. 2,7 Millionen € im kommenden Jahr. Dies bedeutet wiederum bei der Nutzung durch gut 350 Kinder, dass wir in jedem Jahr jeden Kita-Platz mit ca. 7.700 € bezuschussen. Dies gibt Grund zum Nachdenken.
- Bereich Grundschule:  
Die Abbrucharbeiten der Fahrradhalle, des Hausmeisterhauses und der Bücherei sollten zeitnah im ersten Quartal erfolgen um die damit freigewordene Fläche einer sinnvollen Nachnutzung zuzuführen.
- Die Freizeitfläche im Baugebiet Baumhof ist vorbereitet und sollte bis Ostern 2022 fertiggestellt werden. Kosten hierfür waren und sind durch Beschluss im Haushalt eingestellt.
- Die 100.000 € für die Planungskosten eines neuen Kindergartens sehen wir auch durch die Realisierung der neuen Baugebiete und dem damit möglichen Zuzug junger Familien für zukunftsweisend an.
- Für eine Maßnahme Gestaltung Mainufer in Zimmern stehen 40.000 € im Haushalt. Diese Maßnahme soll nun nach der Erarbeitung eines Vorschlags im ersten Quartal umgesetzt werden.
- Die Position Hochbaumaßnahmen mit 60.000 € für Planung der Erweiterung des Bauhofes bitten wir zu streichen. Wir haben einen modernen, großflächigen Bauhof und durch Umlagerung des Materials kann sicher noch eine effektivere Flächennutzung entstehen. Hierfür fordern wir 20.000 € für die Anschaffung eines Tragarm-Regals für die Lagerung verschiedener Materialien vorzusehen.
- Die im Haushalt aufgeführten Maßnahmen Gemeindestraßen- und Kanalbaumaßnahmen lassen sich sicher nicht alle im Jahr 2022 realisieren. Hier bitten wir, dass durch die Verwaltung eine Prioritätenliste erstellt wird. Diese soll zur Entscheidung dem Stadtrat vorgelegt werden.  
Uns ist Bewusst, dass dies die Finanzlage nur kurzfristig entspannt da es sich natürlich nur um Verschiebungen handelt.
- Die Veräußerung von Grundstücken des Gewerbegebietes Söllershöhe soll offensiv angegangen werden. Wir haben in diesem Gebiet annähernd 20 Millionen € Investiert und erwarten hierzu Vorschläge zur sinnvollen Vermarktung. Ein erster Schritt könnte die Anbringung einer großen Plakatwand in Sichtweise B 8 sein.
- Ausdrücklich begrüßen wir die eingestellten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und Trinkwasserreinheit im Stadtgebiet. Wasser ist und bleibt unser wichtigstes Gut, und hier muss eine sichere Versorgung gewährleistet sein.
- Für die Förderung durch die Stadt für regenerative Energiegewinnung bitten wir die Verwaltung bis zum Ende des 2. Quartals um einen Vorschlag zur Förderung privater Investitionen von Photovoltaikanlagen und Speichern ab dem Jahr 2023.
- Wir sprechen uns ausdrücklich für die Innenverdichtung der Kernstadt und den Stadtteilen aus. Der Bestand von definitiv leerstehenden Wohnhäusern ist zu ermitteln, und dann ist es

Aufgabe von uns allen, hier ggf. ein Förderprogramm zur Beseitigung der Leerstände zu entwickeln.

- Die Sondernutzungsgebühren haben wir in diesem Jahr erlassen. Wir schlagen dies auch für das Jahr 2022 aufgrund der nach wie vor schwierigen Lage durch die Pandemie vor.
- Bei unserem Musikinstitut steigt der Zuschussbedarf auf über 150.000 € im Jahr. Dieser Kostensteigerung ist evtl. durch Gebührenerhöhungen für auswärtige Schüler gegenzusteuern. Dies wird andernorts ganz selbstverständlich praktiziert. Den Kostenansatz in Höhe von 80.000 € für Planungskosten Musikinstitut bitten wir zu streichen, da unserer Meinung nach Synergien mit den Räumlichkeiten der VHS möglich sind.
- Die Stadtbibliothek ist eine gute und wichtige Institution in unserer Stadt. Ein jährlicher Zuschuss ohne Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 314.000 € ist unserer Meinung nach zu hoch. Hier bitten wir um Vorschläge, wie die Kosten um mindestens 10 % gesenkt werden können.
- Bei der Haushaltsstelle Förderung der Jugendhilfe und Jugendhaus verdoppeln sich fast alle Ausgaben von Gebäudekosten bis Dienstreisen. Diese Kosten bitten wir den Ergebnissen von 2020 anzupassen.
- Der Familienstützpunkt ist inzwischen ein wichtiger Pfeiler unserer sozialen Verantwortung geworden. Dieser soll unbedingt erhalten werden.
- Öffentliche Ordnung/Verkehrsüberwachung:  
Die Kosten für die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs steigen um 32.000 € auf nunmehr 180.000 €. Auf der Einnahmenseite ergeben sich jedoch fast keine Veränderungen. Dieser Entwicklung ist durch effizienten und gezielten Einsatz der Personen entschieden gegenzusteuern. Wir erwarten hier ein annähernd kostendeckendes Ergebnis.
- Bestattungswesen:  
Eigentlich soll auch diese Kostenstelle kostendeckend sein.  
Ein Zuschussbedarf ohne Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe von 219.000 € ist unserer Meinung nach nicht mehr akzeptabel. Hier bitten wir um Vorschläge bis zum Ende des 2. Quartals, wie der Zuschussbedarf um mindestens 10 % gesenkt werden kann.

Hier und dort ein bisschen Bremsen würde sicher eine anstehende Kreditaufnahme mindern und außerdem wissen wir alle, wenn ein Ansatz mal im Haushalt war, wird dieser selten gekürzt.

Wir bitten um die Aufnahme von Beträgen für folgende Maßnahmen:

- Erweiterung und Beschilderung der Fahrradparkplätze. Der Fahrradverkehr in der Stadt nimmt durch Bürger und viele Fahrradtouristen stetig zu. Hier gilt es Möglichkeiten für zusätzliche Stellplätze zu schaffen. Erweiterung am Alten Rathaus, am Biergarten Richtung Mainkai um nur zwei mögliche Orte zu nennen. Wir bitten hier um einfache Abstellplätze mit Möglichkeit, die Räder gegen Diebstahl zu sichern.
- Wir bitten um einen Ansatz in Höhe von jeweils 20.000 € für die Gestaltung der beiden Kreisel in Altfeld (bei Fa. Cummins und im Gewerbegebiet Söllershöhe), die sicher durch unsere Gärtner gestaltet werden können.
- Ein weiterer großer Wunsch von uns ist im Bereich des Parkplatzes an der Alten Mainbrücke die Errichtung eines öffentlichen WCs. Dies wäre an dem belebten Fahrradweg für un-

sere Gäste und auch für Veranstaltungen im Stadtgärtchen eine Verbesserung. Hierfür sollen Planungskosten in Höhe von 10.000 € eingestellt werden.

- Das Radwegekonzept ist dringend weiter zu verfolgen. Wir bitten um einen ersten Ansatz von 20.000 € für den Radweg nach Altfeld in den Haushalt einzustellen.

Dies waren nach unserer Ansicht sinnvolle und konkrete Änderungsvorschläge für den Haushalt 2022 und die Folgejahre bis 2025.

Noch ein paar Anmerkungen bzw. allgemeine Wünsche. Wir bitten den Versicherungsschutz und die Mieteinnahmen bei den städtischen Gebäuden zu überprüfen und ggf. anzupassen. Um eine Entlastung der Verwaltung zu erreichen, bitten wir um einen Alternativ-Vorschlag für die Hausverwaltung beim Gebäude Säule II. Wir bitten Frau Herrmann um Information des Stadtrates, wie sich die im Jahr 2023 anstehende Umsatzsteuerreform auf den Haushalt der Stadt auswirken wird.

Die offenen Punkte aus den Haushaltsentscheidungen der Vorjahre und die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsausschusses sind baldmöglichst aufzuarbeiten bzw. ein Bericht über die weitere Vorgehensweise vorzulegen.

Ich weise ferner darauf hin, dass ich bei meinem Vortrag auf Prüfaufträge ganz bewusst verzichtet habe.

Wir sind in der Fraktion der Meinung, dass man in einer Haushaltsrede auf Prüfaufträge verzichtet, denn diese führen nur zur unnötigen Belastung der Verwaltung. Deshalb komme ich nun zum Ende meiner Stellungnahme.

Es bleibt festzuhalten: Die Stadt Marktheidenfeld steht nach wie vor finanziell auf sicheren Füßen, aber es gilt nachhaltig und wie bisher immer überlegt zu handeln und zu investieren.

Dafür, dass dies auch im jetzt bald abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Herr Bürgermeister Stamm, dem Geschäftsführenden Beamten Herrn Hanakam, Ihnen Frau Herrmann als Kämmerin, verbunden mit der Bitte diesen Dank an alle weiteren 254 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Meinen weiteren Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren.

Diesen unverzichtbaren Helfern vielen Dank und Ihnen allen Danke für die Aufmerksamkeit.“

## **344.2 Stellungnahme der Fraktion proMAR**

Für die Fraktion proMAR nimmt Fraktionsvorsitzender Richter wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

knapp ein dreiviertel Jahr nach der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2021 sehen wir uns vor der Aufgabe, nun den Haushalt für das Jahr 2022 aufzustellen.

## I. Rückblick und Konsequenzen

In meiner letzten Haushaltsrede bemühte ich das Bild von Elefanten, welche es sich in einem Porzellanladen gemütlich machen sowie einigen gerne als „Rosa Elefanten“ bezeichneten, welche für Problemfelder stehen, die typischer Weise gerne von vielen ignoriert oder bewusst ausgeblendet werden. Ohne hier einen konkreten Vorwurf zu erheben, besteht wohl grundsätzlich die Neigung, die Welt und somit auch die finanzielle Lage einer Stadt mit einer rosaroten Brille zu betrachten.

Welche Konsequenzen dies haben kann, zeigt ich anschaulich beim Vergleich der Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres mit den tatsächlich in 2021 durchgeführten Projekten sowie schlussendlich dem nunmehr vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2022.

Wer sich erinnert, wird zugeben müssen, dass praktisch sämtliche von den Fraktionen explizit geforderten und per Mehrheitsbeschluss in den Haushalt aufgenommenen Positionen bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt wurden bzw. werden konnten. Vielfach schlicht und einfach, weil man auf Hoffnung, statt auf Realismus und Pragmatismus setzte.

Nur kurz nennen möchte ich den Haushaltsansatz für Flächenerwerb, von welchem praktisch kein einziger € ausgegeben wurde, oder aber verschiedene Positionen für Planungen und Machbarkeitsstudien, für welche meist noch nicht mal ein Grundsatzbeschluss des Stadtrats vorlag, aber bereits Mittel bereitgestellt werden sollten und wurden. Eine gewisse Komik hat hier nicht zuletzt die vorsorgliche Einstellung von Mitteln für Verlegungsplanungen für den Skaterplatz, für welchen auf wundersame Weise doch eine Baugenehmigung vorgelegt werden konnte.

Die Aufstellung eines Haushalts ist nach den Art. 61 ff. Gemeindeordnung zwingend vorgeschrieben. In Art. 64 Abs. 1 GO wird zum Umfang des aufzustellenden Haushaltsplans wie folgt ausgeführt:

Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich

1. anfallenden Erträge, eingehenden Einzahlungen, entstehenden Aufwendungen sowie zu leistenden Auszahlungen bei Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung,
2. zu erwartenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben bei Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Kameralistik,
3. benötigten Verpflichtungsermächtigungen.

Die Bedeutung von „voraussichtlich“ muss hier als realistisch anfallend und gerade nicht als wünschenswert oder eventuell drohend ausgelegt und verstanden werden.

Der Seitens der Stadtverwaltung und insbesondere unserer Kämmerin, Frau Herrmann, vorgelegte Haushaltsentwurf berücksichtigt dies unserer Einschätzung nach in hohem Maße. Festzustellen ist – wie bereits angedeutet – jedoch, dass ein Großteil der aufgeführten Investitionen und Ausgaben fortgeschriebene Positionen aus den vergangenen Jahren sind, welche aus verschiedensten Gründen bislang nicht umgesetzt werden konnten.

Dabei ist ein Schwerpunkt in Infrastrukturmaßnahmen, namentlich Straßenbauarbeiten sowie der Fertigstellung der GEK-Projekte zu erkennen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Festzustellen ist jedoch auch, dass unsere Gewerbesteuereinnahmesituation zwar erfreulicher Weise stabil bleibt, allerdings auf der anderen Seite auch unsere Fixkosten immer weiter steigen. Eine Erhöhung der Personalkosten von im Jahr 2017 knapp 8 Millionen € auf voraussichtlich knapp 12 Millionen € im Jahr 2022 und somit um 50 Prozent muss uns erschrecken.

Ein „Weiter so“ kann es nach unserer Einschätzung hier nicht geben. Wir fordern den Bürgermeister und die Stadtverwaltung daher auf, konkret zu prüfen ob neu angedachte Stellen im Einzelfall tatsächlich notwendig sind oder ob nicht doch Möglichkeiten bestehen, durch Umor-

ganisationen etc. Synergieeffekte zu erzielen und so möglicherweise die Schaffung immer neuer Stellen zu vermeiden.

Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der beabsichtigten Umwandlung des Musikinstituts in eine ordentliche Musikschule sowie der Eingliederung der Volkshochschule in die Stadtverwaltung. Gerade hier sollte die Errichtung von Doppelstrukturen vermieden und stattdessen eine zentrale Stelle in Form einer Art Bildungs- und Kulturamt für sämtliche Bildungs- und Kulturaktivitäten der Stadt geschaffen werden. Die Erfahrung lehrt: einmal etablierte Stellen sind nur schwer wieder abzubauen.

Als Stadtrat müssen wir uns im Punkte Sparsamkeit jedoch auch selbst an die eigene Nase fassen.

In den vergangenen Haushaltsberatungen hatten sämtliche Fraktionen einschließlich des Ersten Bürgermeisters die Sparsamkeit und Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung angemahnt und geradezu als wichtigstes Prinzip für das Jahr 2021 benannt. Diese Absichtsbekundung hat den Stadtrat dann jedoch nicht davon abgehalten, neben den beiden vorgenannten Projekten VHS und Musikschule auch die Ausweisung eines neuen Baugebiets in Marienbrunn und für verschiedene Projekte Machbarkeitsstudien zu beschließen. Auch wenn unsere Fraktion im Falle von Marienbrunn dagegen stimmte, müssen auch wir zur Kenntnis nehmen, dass auch diese weiteren Projekte, welche im Haushalt 2021 sämtlich nicht enthalten waren, nicht ohne größere finanzielle Belastungen umgesetzt werden können.

Es sind dabei nicht lediglich die Bau- und Erschließungskosten. So hat etwa die mit der Ausweisung von Baugebieten erhoffte Erhöhung der Einwohnerzahl und insbesondere der Kinderzahl auch unmittelbar einen höheren Personalbedarf in Kindergärten und anderen Einrichtungen zur Folge. Hinzu kommen erhöhte Kosten für Straßenunterhalt, Grünflächenpflege etc. Diese Folgekosten gänzlich auszublenden und geradezu blind immer weitere Wolkenkuckucksheime zu entwickeln, kann leicht zu einer finanziellen Überforderung führen.

Wie sich diesbezügliche Kosten in Söllershöhe und Märzfeld entwickeln werden, ist dabei ebenso wenig konkret abzusehen, wie jene für die noch unbegonnenen Projekte.

Es gilt daher künftig bereits vor Grundsatzentscheidungen und Umsetzungsbeschlüssen ehrlich und kritisch nicht nur über die Anschaffungskosten, sondern auch über etwaige dauerhaft höhere Fixkosten nachzudenken. Nachhaltigkeit in diesem Sinn berücksichtigt gerade nicht nur Umweltaspekte, sondern auch die genannten weiteren Auswirkungen.

Bzgl. der bereits in Planung befindlichen Neubauten, wie beispielsweise dem Ergänzungsbau für die Grundschule, ist zudem dringend auf die langjährige Haltbarkeit der Bausubstanz zu achten, damit der Stadt nicht in einigen Jahren erneut größere finanzielle Folgebelastungen drohen. Ein Blick auf die vor knapp zehn Jahren sanierten bzw. neu errichteten nördlichen Fassaden zur Vorderbergstraße hin, welche sich bereits jetzt großflächig in Grün- und Schwarztönen zeigen sowie des Öfteren herunterfallende Fassadenteile, sollten hier Mahnung und Anspruch zu gleich sein. Optische und architektonische Gestaltung sollten im städtebaulichen Bereich immer nachrangig vor Funktion und Langlebigkeit betrachtet werden.

Wir fordern daher insbesondere das Bauamt auf, bei künftigen Bauvorhaben konkret auf derartige Fragestellungen zu achten und nötigenfalls den Stadtrat über Unwägbarkeiten zu informieren und zu warnen. Vielleicht kann auch größerer Einfluss auf Ausschreibungen, Vergabeverfahren und die konkrete architektonische und bauhandwerkliche Umsetzung genommen werden. Dies wäre jedenfalls zu begrüßen.

Im Hinblick auf die weitgehend noch nicht umgesetzten Haushaltsansätze aus 2021 verzichten wir bewusst weitgehend darauf, zu fordern, weitere Positionen in den Haushalt 2022 aufzunehmen.

Die Erfahrung des vergangenen Jahres zeigt, dass da wo sich tatsächlich ein weiterer finanzieller Bedarf ergibt, nötigenfalls auch ein entsprechender Nachtragsbeschluss zum Haushalt ge-

fasst werden kann. Da jedoch, wo heute noch kein grundsätzlicher Stadtratsbeschluss zur Verwirklichung gefasst wurde, ist nach aller Wahrscheinlichkeit auch nicht mit einer Umsetzung im kommenden Haushaltsjahr zu rechnen. Der Haushalt sollte sich daher – wie es die Gemeindeordnung verlangt – auf die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben beschränken.

Prüfaufträge und Grundsatzentscheidungen behalten wir uns für das kommende Sitzungsjahr vor. Die diesbezüglichen Grundsatzdebatten im Rahmen der Haushaltsaufstellung zu führen, erscheint uns jedoch nicht zweckdienlich.

Wir bitten lediglich einen Haushaltsansatz für die Planung bzw. Umsetzung eines inklusiven Spielplatzes aufzunehmen. Die Fraktion von proMAR hatte bzgl. der Machbarkeit sowie der Förderfähigkeit hier bereits die Verwaltung angefragt, von welcher erst kürzlich eine positive Rückmeldung erging. Die Planung sollte dabei örtlich ergebnisoffen erfolgen, wobei wünschenswert wäre, einen aktuell eher unattraktiven, bestehenden Spielplatz aufzuwerten. Als Beispiel für einen solchen Spielplatz verweisen wir auf denjenigen in Lohr-Sendelbach.

## II. Herausforderung Wonnemar

Nun, was ist im Laufe des Jahres aber aus den bereits angesprochenen Elefanten geworden? Kurz und knapp, sie sind alle noch da und bereiten uns weiterhin Kopfzerbrechen. Auch wenn gerade die Fragen der Auswirkung der Corona-Pandemie sowie insbesondere die Zukunft unseres Schwimmbades immer noch offen sind, hoffen wir, dass sich im kommenden Jahr auch diese Probleme zumindest einigermaßen lösen lassen.

In beiden Fällen müssen wir jedoch ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass wir selbst nur sehr bedingt das Heft des Handelns in der Hand haben, sondern vielfach von den Entscheidungen anderer abhängen. Auch wenn wir beispielsweise vergangenes Jahr schon hofften, im Laufe des Jahres wieder den vollen Zugriff auf das Wonnemar zu bekommen, mussten wir schmerzlich feststellen, dass mit manchen Investoren nur schwerlich zu verhandeln ist. Erfreulich ist hier lediglich, dass wir als Stadt Marktheidenfeld bislang nicht die Ruhe verloren haben. Statt uns möglicherweise auf Jahre hinaus erpressbar zu machen, haben wir uns entschieden, einen geradlinigen, rechtsstaatlichen Weg einzuschlagen. Gut so! Wir begrüßen ausdrücklich, dass auf diesem Wege die mannigfaltigen Pflichtverletzungen von InterSPA einer Klärung zugeführt werden.

An dieser Stelle erlaube ich mir, auf den allgemeinen Rechtsgrundsatz „pacta sunt servanda“ – „Verträge sind zu halten“ hinzuweisen. Dieses eigentlich selbstverständliche Prinzip scheint vielfach nicht beachtet oder ernstgenommen zu werden. Vielfach drängt sich sogar geradezu der Verdacht auf, dass Verträge lediglich als „Einlasskarte“ für immer weitere – oftmals einseitig diktierte und als unausweichlich dargestellte spätere Vertragsanpassungen verstanden werden. Ein solches Geschäftsgebaren muss uns nicht nur im konkreten Einzelfall, sondern vielmehr auch generell Mahnung und Lehre dafür sein, bereits vor Vertragsschlüssen die möglicherweise langjährigen Konsequenzen von allen Seiten zu beleuchten. Sich leichtfertig aufs Glatteis führen lassen sollte sich die Stadt Marktheidenfeld jedenfalls tunlichst nicht mehr.

Da wir davon ausgehen müssen, dass die aktuell anhängige Schiedsklage im kommenden Jahr entschieden wird und wir guter Hoffnung sind, dass die Entscheidung den Rückfall des Bades an die Stadt Marktheidenfeld zum Inhalt haben wird, halten wir es für geboten, die bereits gegründete Marktheidenfelder Bäder GmbH mit finanziellen Mitteln auszustatten und auch dies bereits im jetzt aufstellenden Haushalt abzubilden, um zumindest eine erste Handlungsfähigkeit herzustellen,

Schlagen wir vor, hierfür zunächst 500.000 € vorzusehen. Dies selbstredend unter der Prämisse, dass dieser Betrag im „Ernstfall“ nicht ausreichen könnte.

## III. grundsätzliche Erwägungen

Zuletzt erlaube ich mir noch auf ein paar grundsätzliche Erwägungen anzustellen.

Wir als Stadträte sind allesamt – so unterstelle und hoffe ich jedenfalls – angetreten, zum Wohle unsere Stadt Dinge anzustoßen, neue Ideen zu entwickeln oder an uns heran getragene Ideen möglichst bürgernah umzusetzen.

Ganz so wie es Art. 26 Abs. 3 GG als Recht und Verpflichtung der Kommunen aufgibt und garantiert. Dort heißt es:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. (...) Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; (...)“

Wir sollten also eigentlich weitgehend frei im Rahmen allgemeiner Gesetze, selbstständig und unabhängig von Regierungen und Behörden entscheiden dürfen, wie sich unsere Stadt entwickeln soll und welche Dinge wir wie, wo und wann umsetzen wollen.

Die hierzu in Anbetracht von Größe und Bevölkerung objektiv erforderlichen finanziellen Mittel sind der Stadt dabei von Bund und insbesondere Land bedingungslos zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn wir uns als Stadt Marktheidenfeld aufgrund der dankenswerter Weise guten Wirtschaftskraft unserer Gewerbebetriebe im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht beschweren können, zeigt sich auch bei uns, dass die Gewährung finanzieller Mittel von Bund und Land vielfach entgegen dem Grundgesetz von Bedingungen abhängig gemacht wird. Diese Bedingungen führen vielfach zu geradezu gegenteiligen Entscheidungen, als wenn wir entsprechend der eigentlich garantierten Selbstverwaltung frei und selbstbestimmt entscheiden könnten.

Wo wirkt sich dies besonders aus? Nun, in erster Linie bei den verschiedensten Städtebauförderprogrammen, GEK-Projekten, Kindergarten- und Schulförderprogrammen.

All diesen Förderprogrammen ist gemeinsam, dass insbesondere der Freistaat Bayern die Gewährung besonderer finanzieller Mittel von der Erfüllung verschiedenster Voraussetzungen abhängig macht. Auch wenn dabei natürlich oft die Erreichung durchaus sinnvoller Ziele bezweckt sein mag, schränken diese doch stets den Entscheidungsspielraum der Kommunen ein. Zudem wird oft zur Bewilligung von Fördergeldern die vorherige Erstellung von Konzepten, Satzungen oder Gutachten verlangt, für welche meist ein externes Planungsbüro beauftragt werden muss.

Ohne die Daseinsberechtigung derartiger Büros grundsätzlich in Rede stellen zu wollen, muss die kritische Frage dennoch erlaubt sein, ob die von diesen Planungsbüros erstellten Konzepte tatsächlich Ergebnisse hervorbringen (können), welche einen realen Nutzen für die Stadt haben. Die Erfahrung mit GEK, ISEK und aktuell INSEK zeigt bedauerlicherweise, dass sie oftmals nur der berühmte berüchtigte „Passierschein A 38“ sind und die möglicherweise sogar sinnvollen Aussagen und Empfehlungen dieser Gutachten und Berichte selbst vom auftraggebenden Stadtrat am Ende ignoriert oder zumindest nicht für ernstgenommen werden. Das erst vergangene Woche beschlossene Baugebiet für Marienbrunn ist hier ein anschauliches Beispiel.

Erwähnt werden muss an dieser Stelle jedoch auch, dass diesen Konzepten oftmals Beratungen, Arbeitsgruppen, Stadtspaziergänge und weitere Bürgerbeteiligungen vorausgehen und damit unvermeidbar in Bürgerschaft und Öffentlichkeit Erwartungen erzeugt werden, welchen wir schon aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel überhaupt nicht gerecht werden können.

Wir können froh und stolz sein, dass sich bislang bei allen vom Stadtrat angestoßenen Arbeitskreisen zahllose Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben. Ob dies jedoch bei Durchsickern der Erkenntnis, dass schlussendlich regelmäßig die gleichen Themen in immer neuen, teilweise parallel bestehenden Arbeitsgruppen behandelt werden und am Ende kaum etwas aus genehmigungs- und haushalterischen Gründen verwirklicht werden kann, künftig noch der Fall sein wird, muss mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

Hier gilt es künftig auch gegenüber der Öffentlichkeit klarer zu kommunizieren, um das Entstehen von falschen Hoffnungen und Erwartungen erst überhaupt nicht aufkommen zu lassen.

Auf der anderen Seite gilt es kritisch zu hinterfragen, welcher Aufwand tatsächlich notwendig ist, um Gelder aus Förderprogrammen bewilligt zu bekommen. Im Einzelfall könnte es möglicherweise sinnvoller sein, auf Fördermittel zu verzichten, wenn dadurch eine schnellere Projektverwirklichung erreicht werden könnte. Bei gegenwärtig stetig steigenden Baupreisen, könnte letzteres am Ende sogar günstiger sein.

Wünschenswert wäre natürlich, dass die Einschränkung der kommunalen Finanzhoheit und damit der kommunalen Selbstverwaltung von Bund und Land eingesehen und abgestellt würde. Ein Vertrauensvorschuss an die Kommunen zur ordnungsgemäßen und sparsamen Mittelverwendung wäre hier dringend angebracht.

Leider haben wir als Stadt keinen direkten Einfluss auf die Gesetz- und Verordnungsgeber, weshalb wir lediglich hoffen und bei jeder Gelegenheit diesen Missstand artikulieren können.

IV. Dank

Zu guter Letzt bedanke ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern der Stadt Marktheidenfeld, den vielen ehrenamtlich Tätigen sowie allen, die sich für unsere Stadt und das Umland einsetzen für ihr großes Engagement.“

### **344.3 Stellungnahme der Fraktion der FW**

Für die Fraktion der Freien Wähler nimmt Fraktionsvorsitzender Wagner Stellung zum Haushaltsentwurf 2022 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geschätzte Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Bedauerlicherweise bestimmt die sogenannte „Corona-Pandemie“ wieder zunehmend unseren Alltag. Unserer Fraktion ist es aber nach wie vor ein Anliegen, auf die Einhaltung von notwendigen Hygieneregeln hinzuweisen, und wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit präventiver Impfmöglichkeiten wahrzunehmen.

Nicht nur in diesem Zusammenhang möchten wir uns bereits zu Beginn unserer Stellungnahme zum Haushalt für das Jahr 2022 ausdrücklich bei allen Mitbürgern, Institutionen, Hilfsdiensten und Vereinen für ihr umsichtiges, respektvolles und vorausschauendes Handeln zum Wohle unserer Gemeinschaft auf das Herzlichste bedanken.

Ebenso gilt unser aufrichtiges Dankeschön allen Unternehmen, Betrieben, Dienstleistern, sowie den dort beschäftigten Dienst- und Arbeitnehmern. Die erarbeiteten und erwirtschafteten Werte bilden zweifelsohne die Basis für unsere gute finanzielle Ausstattung und Handlungsfähigkeit. Um auch weiterhin die erfreuliche Finanzkraft zu erhalten, haben wir nicht zuletzt mit dem Gewerbegebiet Söllershöhe „unsere Hausaufgaben“ gemacht. Wir sind in der Lage schnell auf Anfragen und Interessensbekundungen von Firmen und Betrieben zu reagieren.

Diese Feststellung möchten wir heute erneut und bewusst auch in Richtung der politischen Akteure im Kreistag und Landratsamt Main-Spessart senden.

In den zurückliegenden Jahren wurde von dort schlichtweg zu wenig für die Förderung und Erhaltung der notwendigen Strukturen in der Verantwortung des Landkreises in Marktheidenfeld getan.

Exemplarisch nennen wir hier unter der Rubrik „Fehlanzeige“ nachfolgende Themen:

- Nachnutzung des bisherigen Kreiskrankenhauses
- Umsetzung der notwendigen und beschlossenen Maßnahmen für die landkreiseigenen Schulen

Diese oben genannten Standortfaktoren bilden auch eine wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt und müssen nachhaltig gesichert werden. Sinngemäß und plakativ unterlegen wir das mit einem verkürzten Zitat: „Eine Kuh die man melken will, sollte man auch füttern!“

Doch auch wir als Kommune stehen hier zeitnah vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich Bildung und Familie. Wir müssen uns, wie bereits mehrfach von uns erwähnt, bewusstmachen, dass wir vor großen finanziellen und planerischen Herausforderungen stehen. An unserer Mittelschule, bei welcher wir mit ca. 36 % als Sachaufwandsträger beteiligt sind, steht entweder eine Generalsanierung oder aber ein Neubau an. Wir vermuten hier eine Kostenbeteiligung von voraussichtlich 10 Millionen €.

Als weiteres notwendiges Projekt ist die Erweiterung unserer Grundschule zu sehen. Hier kann von einem Kostenvolumen von 15 Millionen € ausgegangen werden.

Und nicht zuletzt die nicht mehr weiter aufschiebbaren Maßnahmen im Bereich der Kindertagesstätten und -krippen. Dort werden sicher auch Kosten im Rahmen zwischen 10 und 12 Millionen € zu erwarten sein.

Bereits seit vielen Jahren haben wir die Notwendigkeiten in den Bereichen Natur, Umwelt, Nachhaltigkeit und Verkehr erkannt und vielfältig in die Arbeit des Stadtrates eingebracht.

Wir bekräftigen weiterhin unser Leitziel "Innen- vor Außenentwicklung".

Zu beachtende Indikatoren sind hier zukünftige Verkehrsströme, Lärmimmissionen, Sicherung von Aufenthaltsqualität sowie die Vermeidung großflächiger Versiegelung von Freiflächen.

Besonders erfreut sind wir von daher über die geplante und einstimmig beschlossene Schaffung einer hauptamtlichen Stelle eines Mitarbeiters für diesen Bereich, in welchem sich die Schwerpunkte Umwelt und Nachhaltigkeit abbilden. Die Verknüpfung und Ansiedelung im Bau- und Umweltamt ist zielführend, absolut sinnhaft und schafft die nötigen personellen Ressourcen.

Ein Teilaspekt dieser Stelle ist auch die städtebauliche Weiterentwicklung unserer Stadt und unserer Stadtteile. Wir sehen hier nach wie vor die Ausweisung neuer Areale in Außenbereichen extrem kritisch und erwarten nachhaltiges Agieren. Weiterhin sehen wir hier eine besondere Priorisierung bei der Aktivierung von Wohn- und Nutzflächen im Innenbereich unserer Ortskerne. Hier unterscheiden wir auch nicht zwischen unserer Kernstadt und unseren Stadtteilen.

Wie in den kürzlich zurückliegenden Stadtratssitzungen immer wieder thematisiert, müssen wir Instrumente schaffen und vorhalten, um endlich aktiv in diese Prozesse einzugreifen. Notwendiger Weise müssen in den nächsten Jahren viele städtische Straßen erneuert werden. Damit ist es jedoch bei weitem nicht getan. Um ungenutzte Gebäude und Flächen einer baulichen Nutzung zuführen zu können, ist es zwingend erforderlich Haushaltsmittel einzuplanen.

Bereits im letzten Haushaltsjahr hatten wir hierfür einen Antrag gestellt.

Es ist unglaublich, wenn einerseits erklärt wird, dass unsere Stadt hier handeln muss, jedoch keinerlei konkrete Vorschläge eingebracht werden. Wir beantragen deshalb die Bereitstellung von 1,5 Millionen € für die notwendigen Ankäufe und als Förderkulisse solcher Maßnahmen. Das beinhaltet für uns auch die Unterstützung von energetischen Sanierungen bei Altbauten. Hier erscheint es naheliegend, die bereits vorliegende Gestaltungsfibel sowie das kommunale Förderprogramm für unsere Stadtteile anzupassen.

Lippenbekenntnisse nutzen uns hier weiterhin nichts, sondern wir erwarten unmissverständlich die Schaffung eines konkreten Handlungskonzeptes. Es ist unser originärer Auftrag, und es sollte uns gelingen, durch zielorientierte Betrachtung, Analyse und Planung mögliche Bau- und Wohnangebote zur Verfügung zu stellen. Zwingende Grundlage ist hier die Aufbereitung von tatsächlichen und belastbaren Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung und den nachgewiesenen Bedarfen, unter Berücksichtigung eines ökologischen und ökonomischen Grundsatzes. Wir müssen auch akzeptieren, dass wir nur über begrenzte Raum- und Flächenressourcen verfügen.

Unabhängig von diesen zwingend notwendigen Handlungsschritten beantragen wir bereits jetzt die Erhöhung der städtischen Förderung für die Nutzung von Wasserzisternen auf 1.200 €.

Neben der Stärkung der Innenbereiche unserer Ortskerne sehen wir auch weiterhin das zwingende Erfordernis, die Voraussetzungen für den Fahrradverkehr deutlich zu verbessern.

Wir beantragen deshalb erneut, dass grundsätzlich alle Bau- und besonders Straßenbaumaßnahmen auf die Berücksichtigung von Fahrrad- und Schutzstreifen hin überprüft und beplant werden. Um jedoch diesen Themenbereich nicht nur als plakativ erscheinen zu lassen, stellen wir einen Prüfantrag an die Verwaltung, ob und wie die Möglichkeiten für sogenannte „Job-Fahrräder“ für städtische Bedienstete geschaffen werden können.

Entsprechende Empfehlungen und Aufforderungen sind in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes verankert.

Sehr gespannt und neugierig sind wir auf den weiteren Umgang sowie die Fortschreibung der „Mainufergestaltung“. Nach der Bearbeitung durch die Lenkungsgruppe des INSEK erwarten wir endlich konkrete Handlungsschritte. Allein durch die Aufhebung früherer Beschlüsse ist noch nichts erreicht. Aus Sicherheitsgründen und als dringliche und notwendige Sofortmaßnahme empfehlen wir deshalb die Verlegung des Fahrradweges, ab der Alten Mainbrücke bis zum sogenannten „Sängerheim“, von der Straße „Am Mainkai“ auf die darunterliegende Mainlände. Im weiteren Verlauf der Planung und Umsetzung der „Mainufergestaltung“ beantragen wir die dauerhafte Installation eines neuen Radweges auf dem ehemaligen „Leinreiterweg“. Eine Förderung über Bundesmittel ist hier möglich und zwingend zu überprüfen.

Als weiteren nachhaltigen Impuls beantragen wir die Auslobung eines innovativen Zukunftspreises, mit dem Schwerpunkt Klima- und Umweltschutz, durch die Stadt Marktheidenfeld.

Wir schlagen vor diesen Preis im zweijährigen Turnus durch ein Preisgericht zu vergeben und mit 5.000,- € zu dotieren. Eine Bewerbung soll für alle Bürger, Vereine, Betriebe, Institutionen und Privatinitiativen ermöglicht werden.

Es besteht keine Rechtspflicht, falls keine oder nur unwürdige Bewerbungen eingehen.

Die weiteren Ergebnisse im Zusammenhang mit unserem Schwimmbad „Am Maradies“ bleiben abzuwarten. Hier haben wir nur die Möglichkeit, die Interessen unserer Stadt und unserer Mitbürger beharrlich zu vertreten.

Was jedoch weiterhin unabdingbar sein wird, ist die vorrausschauende Berücksichtigung und Planung von Parkraumflächen. Aktuell wird der sogenannte „Maradies-Parkplatz“ wochentäglich von bis zu 150 Fahrzeugen genutzt.

Nach der erneuten Inbetriebnahme des Bades wird uns diese Herausforderung wieder vor deutliche Probleme stellen. Alleine durch den Verkehrsüberwachungsdienst lässt sich keine Lösung herbeiführen. Wir können uns nicht weiterhin erfreut über die hohe Zahl an Arbeitsplätzen und Einpendler zeigen und andererseits die Notwendigkeit von weiterem Parkraum ignorieren.

Hier sehen wir nachdrücklich unsere Verwaltung gefordert um vorausschauende Maßnahmen und Projekte zu entwickeln und mit den Großbetrieben zu sondieren.

Aufgrund des richtigen und einstimmigen Beschlusses gegen ein gemeinsames Neubauprojekt einer multifunktionalen Halle mit dem Landkreis Main-Spessart, erwarten wir eine zügige Betrachtung von möglichen Erweiterungsbauten an bestehende Gebäude in unserer Stadt. Deshalb beantragen wir neben den Planungskosten die Bereitstellung von 2,5 Millionen € für eine schnellstmögliche Errichtung entsprechender Räumlichkeiten. Als möglichen Standort sehen wir

hier die ehemalige Landwirtschaftsschule, ebenso erscheint uns auch ein informelles Gespräch mit dem Turnverein sinnvoll. Im Quartier „Am Sportzentrum“ sind keinerlei Einschränkungen durch Vorgaben zu Emissionen zu erwarten, und Parkflächen bei Veranstaltungen sind mehr als ausreichend vorhanden.

Die verschiedenen Maßnahmen im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes sind abgeschlossen, bzw. im Stadtteil Michelrieth in der Umsetzungsphase. Jedoch ist uns weiterhin ein Anliegen, notwendige strukturelle Maßnahmen anzustoßen und Räume für Naherholung sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verbessern bzw. zu schaffen.

Handlungsbedarfe und entsprechende Bereitstellung an Haushaltsmitteln sehen wir nachfolgend und beantragen für:

- notwendige Ergänzungen am Spielplatz Geschwister-Scholl-Ring; 20.000 €
- die Herstellung von Stellplätzen am Bolzplatz Südring und Zufahrt für Lkws, als Stellfläche während der Laurenzi-Messe gegenüber der Säule II, einhergehend mit entsprechender Bepflanzung (Birken) 20.000 €
- die Begegnungs- und Spielfläche Baugebiet Baumhof; 20.000 €
- die Lebendigen Gärten; 20.000 €
- weitere Liegen am Mainufer; 10.000 €
- die Verlegung der Bushaltestelle im Stadtteil Michelrieth; 100.000 €  
Pikanterweise wird die von uns favorisierte Version bereits temporär von Schulbussen genutzt
- die Gestaltung des Spielplatzes am Bürgerhaus Michelrieth; 50.000 €
- die Überprüfung der Spielgeräte auf Technik und Sicherheitsstandards des Spielplatzes am Bürgerhaus Glasofen. Anlässlich dieser Untersuchung sollte festgestellt werden, ob eine Beschaffung neuer Spielgeräte notwendig ist. Entsprechende Haushaltsstellen sind entsprechend auszustatten.
- Beschaffung von Geschwindigkeitsmessgeräten mit integrierter Speichereinheit; wie von uns bereits im Februar 2020 beantragt und vom Rechnungsprüfungsausschuss gefordert; Bedarfsklärung durch Verwaltung
- Errichtung eines Beachvolleyballfeldes am JUZ; 15.000 €

Hier nehmen wir einen langjährig gehegten Wunsch der Marktheidenfelder Jugend auf. Eine Umsetzung sollte einfach und unbürokratisch möglich sein, durch Planung und Errichtung in Eigenregie unserer Bau- und Umweltverwaltung. Ein ähnlich schnelles Genehmigungsverfahren sowie die Umsetzung wünschen wir uns wie beim diesjährigen Stadtstrand.

In nachfolgenden Bereichen stellen wir weitere Prüfanträge für die:

- barrierearme Sanierung der Treppenaufgänge im Baugebiet Birken 1 und Birken 2 sowie die Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Funktionalität
- Gestaltung des städtischen Parkplatzes Schützenhausstraße nach den Bestimmungen der städtischen Stellplatzsatzung
- Überprüfung und Planung der Möglichkeit einer Aufwertung und Strukturierung durch Eingrünung (Wanderbäume, Kübelbäume etc.) des Wohnmobilstellplatzes am Neuen Festplatz und verweisen auf bereits gelungene Umsetzungen in anderen Kommunen  
<https://www.greencity.de/projekt/wanderbaumallee/>

In den zurückliegenden Monaten ist uns schmerzhaft bewusst geworden, welche besonderen Leistungen unsere Vereine in der Jugendarbeit leisten. Um dieses nicht nur verbal zu würdigen, beantragen die Anhebung des 2006 durch den Stadtrat beschlossenen Zuschusses für Jugendförderung von derzeit 0,31 € auf 0,50 €.

Als Kommune haben wir das Recht und die Aufgabe, Gebühren und Pachten für städtische Flächen zu erheben und dem städtischen Haushalt zuzuführen. Wir beantragen deshalb erneut die Betrachtung und eventuelle Aktualisierung sämtlicher Gebühren, Abgaben, Mieten und Pach-

ten. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei den Flächen in der Außengastronomie im Sinne einer vergleichbaren und gerechten Behandlung.

Ebenso beantragen wir die angemessene Erhöhung der Stellplatzgebühren für Wohnmobile am Neuen Festplatz auf 10 € pro Tag.

Sehr interessiert haben wir die Feststellungen des Rechnungsprüfungs-ausschusses zum städtischen Bauhof zur Kenntnis genommen. Neben der Straffung der Arbeitsabläufe begrüßen wir ausdrücklich die mittlerweile erfolgte Prüfung der Außenstellen. Durch diese Zentralisierungsmaßnahmen sollen unwirtschaftliche Transportwege und vermeidbare zeitliche Streckenverluste minimiert und bestmöglich ausgeschlossen werden.

Besonders erfreut sehen wir die Umsetzung der von uns unterstützten „Digitalisierungsoffensive Marktheidenfeld“. Hier erwarten wir weiterhin zielgerichtetes Planen und Handeln unserer Verwaltung.

In diesem Bereich wurden auch vom Rechnungsprüfungsausschuss entsprechende Verbesserungsvorschläge eingebracht, auch in Richtung der Beschaffungsmodalitäten.

Wir beantragen im Zuge dieser Maßnahme auch die vorrangige Verwendung von umweltfreundlichen Materialien und Arbeitsmitteln. Exemplarisch sei hier Recycling-Papier genannt.

Ich bedanke mich abschließend bei Ihnen Herr Bürgermeister, den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates sowie allen städtischen Bediensteten für das Zusammenwirken zum Wohle unserer Stadt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit und bleiben Sie alle gesund!“

#### **344.4 Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Die Fraktionsvorsitzende Hospes nimmt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Stellung zum Haushaltsentwurf 2022 wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Vertreter der Stadtverwaltung und Presse, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass ich für meine Fraktion Stellung zum eingebrachten Haushalt nehmen darf.

Nach wie vor gibt es Umstände, welche die Planung des kommenden Haushaltsjahres erschweren, weshalb wir versuchen, uns auf einige für uns wichtige Aspekte zu beschränken. Wir möchten nicht immer weitere Dinge planen, die später nicht umgesetzt werden können. Es gibt natürlich auch in unserer Fraktion viele Ideen, doch die Ressourcen Zeit und Geld sind begrenzt. Um mehr Anknüpfungspunkte an Vorhandenes zu schaffen, beziehen wir uns auf das Leitbild der Stadt Marktheidenfeld.

Wir treten auch weiterhin intensiv für das weitgefächerte Thema Klima- und Umweltschutz ein. Daher steht eines unserer Hauptanliegen in diesem Jahr damit im Zusammenhang.

Marktheidenfeld soll ein umweltfreundlicher Wirtschaftsstandort sein. Um unsere Stadt als solchen zu erhalten, müssen wir uns auf eine der großen Herausforderungen unserer Zeit fokussieren: Nachhaltiges Bauen.

Der Blick vom Bau kreativer, nachhaltiger Eigenheimlösungen muss sich insgesamt für die Kommune zu einem Blick für nachhaltige Raum- und Stadtplanung weiten. Nur so kann der

European Green Deal, der unter anderem ein energie- und ressourcenschonendes Bauen und Renovieren fordert und auch fördert, aktiv umgesetzt werden.

Bei Sanierungen oder Neubauten der öffentlichen Hand muss die Lebenszykluskostenberechnung des Baus in den Fokus rücken (vom Rohstoffabbau bis hin zum Abbruch und der Entsorgung). Hier könnte auch ein Tool geschaffen werden, das für den privaten Eigenheimbauer Förderungsmöglichkeiten durch die Kommune schafft.

Um das zu erreichen, müssen die Mitarbeiter\*innen der Bauverwaltung durch Fort- und Weiterbildungen zum Thema „Ökologisches Bauen“ sensibilisiert werden. Wichtig ist dabei, dass stetig für nachhaltige Stadtplanung geworben wird, damit diese nicht als Bevormundung oder Zwang empfunden wird, sondern als einzige Chance und auch Möglichkeit für eine lebenswerte und zukunftsgerichtete Lebensraumgestaltung.

Wohnraumknappheit betrifft auch die Kommune Marktheidenfeld. Mit zwei möglichen Baugebieten (Altfeld, Marienbrunn) wird versucht, dieser entgegenzuwirken. Einfach nur in altbewährter Weise Grundstücke mit bis zu 1.000 m<sup>2</sup> oder mehr zu generieren, um ein einzelnes Eigenheim darauf zuzubauen, kann jedoch nicht die zukünftige Lösung zur Schaffung von Wohnraum sein. Wohnraum muss unter den Aspekten der Nachhaltigkeit generiert werden, dies eben unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten. Der Traum vom Eigenheim sollte in Zukunft weiter für einige Menschen möglich sein. Dieser Wunsch muss sich jedoch an einem neuen, kreativen und ökologischen Maß ausrichten. Nachhaltiges Umdenken ist nicht Verzicht, sondern ein Gewinn für den Einzelnen und die gesamte Gesellschaft. Wir als Stadt müssen hier ein motivierendes und begeisterndes Zukunftsbild entwerfen. Deswegen ist unser Ziel die Nutzung von regenerativen Energien, um mit nachwachsenden und wiederverwertbaren Rohstoffen eine klimaneutrale, flächensparende Architektur zu gestalten. Die Nutzung von Förderprogrammen der Regierung, um alternatives Bauen voranzutreiben ist wünschenswert. Lösungen hierfür gibt es schon vielerorts in Kommunen. Wir müssen nur wollen und diese Forderungen entsprechend im Bebauungsplan festhalten.

Um nachhaltige Lebensraumgestaltung zu ermöglichen fordern wir die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für...

- eine Vollzeitstelle für eine Stadt- und Landschaftsplaner\*in mit Fokus auf Nachhaltigkeit. Dankenswerterweise wird diese Stelle von allen Fraktionen gewünscht, sodass wir hier in die gleiche Richtung schreiten.
- Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen in der Bauabteilung zum Thema „nachhaltiges Bauen“ mit 2.000 €.
- Einstellung von Haushaltsmitteln für die Beschaffung eines Tools zur Lebenszykluskostenberechnung von Bauten, Sanierungen aber auch von Produkt- oder Fahrzeugbeschaffungen öffentlicher Hand mit 2.000 €  
(Bsp.: <https://www.koinno-bmw.de/informationen/toolbox/detail/lebenszyklus-tool-picker-1/>)

Ein weiterer wichtiger Bereich im Klima- und Umweltschutz ist das Erzeugen von erneuerbarer Energie. Hierbei muss die Stadt Marktheidenfeld eine Vorreiterposition einnehmen. Dies kann nur geschehen, wenn wir Eigeninitiative ergreifen und auf entsprechende Partner zugehen, anstatt immer nur reaktiv zu handeln. Darum sollte die Stadt Marktheidenfeld das 2013 erstellte Klimaschutzkonzept entsprechend ihrer selbst auferlegten Kriterien (Überprüfung alle 5 Jahre) noch einmal durchgehen und Plätze erarbeiten, an denen Wind- und/oder Sonnenenergie gewonnen werden kann. Sowohl für Windkraftanlagen als auch für Photovoltaikanlagen ließen sich gewiss noch geeignete Flächen finden.

Für die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes muss vorerst kein Geld in den Haushalt eingestellt werden, da dies von der Verwaltung, auch auf Grundlage des Klimaschutzkonzeptes der Stadt, übernommen werden könnte. Im nächsten Schritt sollte die Stadt Marktheidenfeld aktiv handeln und passende Anbieter ansprechen.

Gleichzeitig ist es uns auch wichtig, Geld an der richtigen Stelle einzusparen. Hier ist beispielsweise der Stellenplan der Stadtverwaltung zu nennen. Es sollten noch mehr Synergien genutzt werden, sodass wir nicht in Zukunft immer höhere Kosten für Personal zu verbuchen haben. Außerdem sollten bei Angeboten auch immer die Wartungskosten mit eingeholt werden, damit hier das wirklich wirtschaftlichste Angebot gefunden werden kann.

Außerdem wollen wir einige Anträge einbringen, welche die auch im Leitbild genannte hohe Lebensqualität der Marktheidenfelder Bürger\*innen zeitnah und mit geringem Aufwand erhalten und sogar noch verbessern sollen:

Die Pandemie ist nicht überwunden und bei vielen ist der Wunsch nach sportlicher Betätigung und damit einhergehende positive Aspekte auf die Gesundheit größer denn je. Da sich nicht jeder zuhause ein eigenes Fitnessstudio oder ein neues Fahrrad leisten kann, geschweige denn genug Platz hat um Sport zu betreiben, beantragen wir eine Outdoorfitnessanlage unterhalb des Fußballplatzes neben der Renkhoff-Halle.

Diese kann außerdem von den Vereinen ebenso wie von den Schulen genutzt werden. Noch dazu ist dieser Platz optimal an das Sport- und Erholungszentrum Maradiesseen (Spielplatz, Skaterpark, Seen, Renkhoff-Halle) angebunden und bereits der Bebauungsplan beschreibt es als Gebiet für Sport und Spiel.

Um den Marktheidenfelder Bürger\*innen Outdoor-Sport zu ermöglichen möchten wir 50.000 € in den Haushalt einstellen. Damit können im ersten Jahr die Bodenplatte und ein erstes Gerät beschafft werden. Sukzessive kann die Outdoorlandschaft erweitert werden.

Die Teilhabe aller macht eine Stadt erst lebenswert. Wir wünschen uns daher mittelfristig den Spielplatz in der Jahnstraße zu einem Inklusionsspielplatz zu erweitern. Wir haben viele tolle Spielplätze in Marktheidenfeld, jedoch fehlt uns noch ein Inklusionsspielplatz, auf welchem Geräte stehen, die von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung barrierefrei genutzt werden können. In der Jahnstraße ist ein großer Spielplatz, welcher sein Potential noch nicht erschöpft hat. Hier könnte eine Begegnungsstelle für alle Kinder werden.

Erfahrungen mit entsprechenden Geräten können bei verschiedenen Gemeinden im Umland eingeholt werden. Auch hier muss nicht alles innerhalb der nächsten Jahre abgeschlossen sein, das Projekt kann auch noch mit Wünschen und Anregungen der Nutzer wachsen. Wir hoffen, dass es die Haushaltslage in den nächsten Jahren ermöglicht, unsere Stadt attraktiver und inklusiver zu gestalten.

Dass der Lohgrabenparkplatz in Altstadtparkplatz umbenannt wird, ist eine großartige Idee aus den Stadtspaziergängen. Hier kann schnell gehandelt werden, weshalb wir den Antrag zur Umbenennung des Parkplatzes mit entsprechendem Schild für 5.000 € stellen. Nachdem der Kanal saniert wurde, kann auch der Weg vom Parkplatz in die Altstadt ansprechend gestaltet werden.

Zuletzt möchten wir uns für SB-Fahrradservicestationen am Fahrradweg am Main aussprechen. Diese sind von großem Nutzen für die Marktheidenfelder\*innen sowie die Tourist\*innen, da sie eine Fahrradhalterung, Werkzeug zum Reparieren sowie Luft zum Nachfüllen der Reifen beinhalten. Hier würden zwei dieser SB-Fahrradservicestationen am Eingang bzw. Ausgang Marktheidenfelds ausreichen. Dafür beantragen wir 5.000 € in den nächsten Haushalt einzustellen.

Grundsätzlich ist es uns ein Anliegen, wenn wir weniger projektweise arbeiten und vielmehr das Gesamtbild im Blick haben. Dafür muss sich wieder mehr am Leitbild der Stadt orientiert werden, sodass sich eine rote Linie durch unsere Arbeit zieht. Ergänzt werden sollte es aber noch mehr durch Nachhaltigkeit.

Dies wäre auch im Hinblick auf die vielen offenen Fragen sinnvoll, die das Kranken- bzw. Ärztehaus oder auch die Mainufergestaltung, Trinkwasserversorgung sowie weitere städtebauliche Belange betreffen.

Ein großer Dank geht an alle, die sich für die Stadt Marktheidenfeld und die dort lebenden Bürger\*innen einsetzen. Ich bedanke mich bei allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit.“

### **344.5 Stellungnahme der Fraktion der SPD**

Für die Fraktion der SPD nimmt Fraktionsvorsitzender Hermann Menig Stellung wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Ratssaal, die trotz neuer, wieder verschärfter Corona-Maßnahmen, den Weg hierher gefunden haben.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle versprechen, dass ich, nach 5 Vorrednern, meine Haushaltsrede so halte, wie die vorangegangene Haushaltsberatung auch gehalten wurde: Kurz und knackig!!

Es ist unserer Kämmerin, Frau Herrmann, zu verdanken, dass ein vorzubereitender Haushalt von knapp 100 Millionen € in weniger als 2 Stunden durchgeboxt wurde und es war erstaunlich, dass Frau Herrmann auf jede aufgeworfene Frage eine sofortige, sehr kompetente Antwort parat hatte.

Aber die weitere Terminierung bzw. der zeitliche Ablauf Haushaltsberatung bis hin zum Haushaltsbeschluss ist mangelhaft zu bezeichnen. Als Beispiele nenne ich: Eine insgesamt kurze Beratungszeit für die Fraktionen, den Verzicht auf eine gründliche Vorberatung im Finanzausschuss in zwei eigenen Sitzungen zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, den erstmaligen Verzicht darauf, dass die Kämmerin den Haushaltsplan 2022 auch im Plenum des Stadtrats vorstellt, die heute zeitgleich aufeinander folgenden Haushaltsreden des Bürgermeisters und der Fraktionen. Damit wurde unseres Erachtens den Fraktionen die Möglichkeit genommen, auf den Vortrag des Bürgermeisters angemessen reagieren zu können, die Vorstellung, sowie Beratung und Beschlussfassung des Stellenplans, erst nach den heutigen Haushaltsreden. Auf eine im Personalausschuss angeregte weitere Sitzung des Ausschusses zur weiteren Vorberatung wurde verzichtet.

Alles in Allem sehen wir den Haushalt 2022 zu kurz und zu schnell beraten, um nicht zu sagen, als „durchgepeitscht“. Nach unserer Auffassung wurde dies alles dem Charakter einer zukunftsorientierten General- und Grundsatzdebatte, die eine Haushaltberatung immer darstellt, einfach nicht gerecht. Wir tun uns deshalb mit unserer Zustimmung zu Haushaltsplan 2022 schwer und stellen in Aussicht, diesem deswegen nicht zuzustimmen.

Es ist uns sicherlich bewusst, dass wir als kleinste Fraktion nicht die wirkungsvollste Stimme im Gremium haben und vielleicht auch deshalb so manche vorgelegten Anträge oder Aufträge aus unseren Haushaltsreden unerledigt bleiben oder einfach ignoriert werden. Vermutlich sind wir trotzdem nicht die einzigen, die sich darüber beklagen könnten.

Aus meinen früheren Haushaltreden erinnere ich zum Beispiel: etwa an das Erstellen eines Bauungsplans-Plans für das Areal Luitpold-, Ludwig-, Ring-, und Baumhofstraße, an die geforderten Maßnahmen zur baulichen Verdichtung der Kernstadt und der Stadtteile. So wurde nach mehreren Jahren von der Verwaltung immer noch keine Diskussionsgrundlage für ein entsprechendes Förderprogramm trotz vorhandener Haushaltsmittel vorgelegt oder an die Maßnahmen rund um unsere Trinkwasserversorgung, nur um einige Beispiele zu nennen.

Nichtsdestotrotz werden wir auch für den Haushalt 2022 einige Aufträge, Anträge und Ideen, die man weiterentwickeln könnte, einbringen, die ich hier vorstellen und begründen möchte: Der Fortbestand des Wonnemar oder Maradies liegt uns allen sehr am Herzen. Ich darf an dieser Stelle betonen, dass wir den „eingeschlagenen Weg“, um den Betrieb des Bades irgendwann weiterführen zu können, als richtig empfinden und stehen uneingeschränkt zu den Maßnahmen der Verwaltung. Um aber kurzfristig und schnell handeln zu können, bitten wir, die Bäder GmbH mit entsprechenden Geldmitteln auszustatten, um im Bedarfsfall auch ohne Nachtragshaushalt reagieren zu können. Die Höhe des Betrages sollte vorab durch die Kämmerin geprüft werden.

Der Heubrunnenbach führt derzeit wenig bis kein Wasser, da die Heubrunnenquelle keine ausreichende Schüttung hat. Wir stellen uns deshalb die Frage, ob eine Sanierung der Maradiesseen sinnvoll ist, wenn kein Wasserzufluss vorhanden ist. Wir bitten um einen Ansatz von Haushaltsmitteln, um eventuell Suchbohrungen im Bereich des Quellgebiets vorzunehmen, um einen Wasserzufluss sichern zu können.

Der gut frequentierte Spielplatz an den Maradiesseen würden wir gerne noch etwas erweitert sehen. Es wäre möglich dort den „Mehrgenerationen-Charakter“ zu steigern. Etwa mit erwachsenengerechten „Trainingsgeräten“ eine Art Outdoor-Fitness-Areal zu schaffen. Wir bitten daher um Prüfung von Möglichkeiten und für eine Umsetzung entsprechende Finanzmittel, unter Umständen auch mit entsprechenden Fördermitteln.

Der im gleichen Areal befindliche Streetball-Platz bedarf unbedingt der Sanierung oder gar einer Erweiterung, wie erst jüngst im Sozialausschuss im Jugendzentrum an uns herangetragen. Wir stellen auch hier den Antrag Mittel im Haushalt 2022 zu prüfen und einzustellen.

Wir weisen darauf hin, dass die Sicherheitsanlage im Franck-Haus im Zuge des barrierearmen Ausbaus auf einen aktuellen Stand zu bringen ist und regen an, die dazu benötigten Mittel einzustellen.

Wir schlagen vor, unsere Initiative Seniorensparierwege, geeignet für Rollstuhl und Rollator, auch in den Ortsteilen, entsprechend weiterzuführen, gerne auch auf Waldwegen oder Waldrändern. Diese Wege sollten kartiert und mit einem entsprechenden Folder veröffentlicht werden.

Wir bitten nochmals zu prüfen, ob es geeignete Flächen gibt, die sich für eine klimagerechte Aufforstung anbieten und Kleinflächen zu prüfen, die geeignet sind in freier Natur Feldgehölz und Hecken aufzunehmen. Ein Dialog im Sinne eines Biotopverbunds mit der Landwirtschaft wäre dazu hilfreich und bedarf eventueller finanzieller Begleitung. Weiterhin halten wir unsere Forderung aufrecht, geeignete Waldflächen aus der forstlichen Bewirtschaftung in Absprache mit der Forstabteilung zu nehmen.

Zur Sicherung und Sanierung des neu festzulegenden Trinkwasserschutzgebietes „Am Ober-eichholz“ befürchten wir, dass dabei Kosten in noch völlig unbekannter Höhe auf uns zukommen, die sich auch im Haushalt niederschlagen werden, trotz langfristiger Finanzierung über die Gebühren. Wir bitten dieses Faktum in künftigen Haushalten unbedingt zu berücksichtigen.

Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind. Ebenso unseren Hilfs- und Rettungsdiensten sowie der Polizei, aber auch all den Menschen in Pflege und Betreuung, die zum Teil ihre eigene Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen um ihre Mitmenschen in diesen Corona-Zeiten beschützen, schützen, betreuen und heilen zu können.

Herzlichen Dank allen Menschen, die sich im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich einbringen, sowie in unseren Vereinen mitarbeiten.

Danke den Mitwirkenden in den Beiräten und Arbeitskreisen.

Einschließen in diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten. An dieser Stelle auch Dank an die Presse.

Und last but not least herzlichen Dank auch Ihnen Herr Bürgermeister und der Verwaltung, sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates für die alles in allem gute Zusammenarbeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben sie gesund!!“

## **345 Informationen**

Anstelle der Informationen bittet der Erste Bürgermeister die Fraktionen, die soeben verlesenen Stellungnahmen per Mail an die Kämmerin und das Vorzimmer zu überlassen, um diese zeitnah in das Sitzungsprotokoll einarbeiten zu können. Die Reden werden auch über die städtische Homepage der Bevölkerung zum Nachlesen zur Verfügung gestellt werden, kündigt er an.

## **346 Anfragen**

### **346.1 Bereitschaftspraxis Lohr**

Stadtrat Adam verweist auf die Presseberichterstattung bezüglich der jüngst geschlossenen Bereitschaftspraxis in Lohr und fragt an, ob die Stadt Marktheidenfeld Räume im Krankenhaus anbieten könne.

Erster Bürgermeister Stamm sagt eine Prüfung zu.

### **346.2 Modulbauweise Geriatrie**

Stadtrat Adam bittet um Kontaktaufnahme mit dem Landratsamt Main-Spessart bezüglich des geplanten Bauvorhabens „Geriatrie in Modulbauweise“ dahingehend, dass in Marktheidenfeld Räume frei seien und ohne größeren Aufwand belegbar wären.

Herr Stamm hält fest, man werde die Anregung aufnehmen.

### **346.3 Mobiles Impfzentrum**

Stadtrat Adam bemängelt, das „mobile Impfzentrum“ biete keine Termine im Raum Marktheidenfeld an. Der Bedarf sei jedoch vorhanden.

Erster Bürgermeister Stamm stellt klar, man werde diesbezüglich nachhaken.

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 20:00 Uhr die öffentliche 28. Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm  
Erster Bürgermeister

Christina Herrmann  
Schriftführer/in